

Die unendliche Geschichte

Bürgermeister: Atommüll-Endlagersuche wird auf dem Rücken der Standortgemeinden ausgetragen

von Michaela Reh



Das Zwischenlager des Kernkraftwerkes in Brunsbüttel im Jahre 2006. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat es seine Betriebsgenehmigung verloren. Zurzeit besteht für dieses Lager nur eine Art Notgenehmigung, zunächst bis Anfang 2018 befristet. Dennoch befürchtet Stefan Mohrdieck, dass es sich zu einem Ersatz-Endlager entpuppt. Foto: Perrey

Brunsbüttel - Es gib zwölf Kernkraftwerksstandorte in Deutschland. Die Bürgermeister der jeweiligen Städte treffen sich einmal im Jahr, um sich über ihre Sorgen und Nöte im Hinblick auf die Atommeiler auszutauschen. Und diese werden immer größer.

Das Thema, das ihnen schon seit geraumer Zeit unter den Nägeln brennt, ist die sogenannte „ergebnisoffene Suche“ nach einem Endlager. Denn alle befürchten, dass sich die Atommüll-Zwischenlager in ihrer Heimat zu Ersatz-Endlagern entpuppen. Und die möchte natürlich keiner vor seiner Haustür haben.

Die Kritik gilt der Politik insgesamt: Sie würde die Standortentscheidung auf Kosten der betroffenen Gemeinden auf den Sankt-Nimmerleinstag schieben. Zuletzt hatte die Endlager-Suchkommission als Datum das Jahr 2170 oder später genannt. So lange könnte sich die Endlagerung des deut sehen Atommülls noch hinziehen. Eine unendliche Geschichte. „Das wollen wir uns nicht gefallen lassen“, sagt Bürgermeister Stefan Mohrdieck beim jüngsten Treffen in Brokdorf. Brunsbüttels Verwaltungschef ist für zwei Jahre zum stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland, kurz Asketa, gewählt worden.



Der Asketa-Vorstand vor dem Kernkraftwerk Brokdorf: (von links) Mario Dürr, Stefan Mohrdieck und Josef Klaus. Vorne: Brokdorfs Bürgermeisterin Elke Göttsche. Foto: Reh

Alle Stadtchefs sind sich einig: Irgendwann sollen die Areale, auf denen heute noch Meiler stehen, wieder genutzt werden können. Das gehe aber nur, wenn ein Endlager gefunden ist. Die Asketa-Mitglieder appellieren deshalb verstärkt an Politik und Gesellschaft, endlich die Verantwortung für eine zügige Atommüll-Entsorgungspolitik zu übernehmen. „Die Standortgemeinden werden hier allein gelassen. Dabei haben nicht nur unsere Bürger den Strom verbraucht, der bei uns produziert worden ist“, sagt Mario Dürr, neuer Asketa Vorsitzender und Bürgermeister von Neckarwestheim. Die Standortkommunen seien keine Gemeinden zweiter Klasse. Sie fordern ab sofort Sitz und Stimme in jedem Gremium, das sich ernsthaft mit der Lagerung des strahlenden Abfalls befasst. „In die Endlager-Suchkommission sind wir inzwischen hineingerutscht und haben dort immerhin ein Besuchsrecht, aber noch kein Stimmrecht“, so Dürr.

Der Rückbau der Atommeiler mache das Problem übrigens keinesfalls kleiner. Ganz im Gegenteil: Bei dem Abriss der Atomkraftwerke entsteht eine Menge schwach- und mittelradioaktiver Abfall, der wiederum am Standort zwischengelagert werden soll. „Die bestehenden Zwischenlager werden eher ausgebaut als geräumt. Damit wird ihre Zukunft als Ersatz Endlager noch mehr gefestigt“, befürchtet Dürr. Für die sichere Endlagerung dieser Form des Abfalls müsse das geplante Endlager Schacht Konrad zügig errichtet und in Betrieb gehen. Das sei, im Gegensatz zu dem Endlager für den hochradioaktiven Müll, das noch gesucht werde, immerhin schon genehmigt. „Und trotzdem zieht sich selbst dieses Verfahren so lange hin“, kritisiert Dürr. Seiner Meinung nach lege das den Verdacht nahe, dass es gesellschaftlicher Konsens in Deutschland sei, keine Form von Endlager im eigenen Land zu akzeptieren. Die zwölf Atomkraftwerksstandorte haben das Nachsehen.